Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 18. Juni 1926
Freitag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
18. 6. m
Nr. 278
10 (Pfennig)

Der Reichskanzler gegen die Fürstenenteignung.

„Unvereinbar mit den obersten Geboten eines Rechtsstaates."

Ein Vertreter des M. T. B. hatte heute Gelegenheit, dem Herrn Reichskanzler Dr. Marx einige mit der Volksabstimmung und den kommenden Sonntag zusammenhängende Fragen vorzulegen, insbesondere, wie sich die Reichsregierung zur Enteignung der Fürstenvermögen verhält, und wie sie sich die Lösung der Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern denkt. Die Unterredung nahm folgenden Verlauf:

Frage: Was ist die Stellung der Reichsregierung zu dem am kommenden Sonntag zur Volksabstimmung gelangenden Gesetzentwurf?

Antwort: Der von der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei, und dem Volksentschädigungsausschuß betriebene Gesetzentwurf sieht die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der ehemals regierenden Fürstenhäuser vor, ohne Unterschied, ob dieses Vermögen auf Grund der früheren staatsrechtlichen Stellung der Fürsten oder auf Grund privatrechtlicher Vorgänge erworben ist. Eine solche völlige Enteignung kann die Reichsregierung nicht billigen, wie sie schon bei Einbringung des Gesetzentwurfs beim Reichstag klar zum Ausdruck gebracht hat. Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger, in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlagen für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die großen Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung nach der Staatsumwälzung eingetreten sind, können gewiß die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern nicht unberührt lassen.

Indessen müssen nach der verfassungsmäßigen Ueberwindung der Revolution die Grundlagen des Rechtsstaates unverfehrt bleiben. Zu diesen gehören: die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und die Unantastbarkeit des Privateigentums. Mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates ist die in dem jetzt zur Abstimmung gelangenden Gesetzentwurf vorgesehene entschädigungslose Enteignung nicht vereinbar.

Frage: Wenn die Reichsregierung somit diesen Gesetzentwurf ablehnt, wie denkt sie sich dann die Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den ehemals regierenden Fürsten?

Antwort: Die Reichsregierung hält eine gesetzliche Regelung für erforderlich. Sie hat daher ihrerseits dem Reichstag einen anderen Gesetzentwurf vorgelegt und ist entschlossen, mit allen Mitteln auf die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes zu dringen. Der Grundgedanke dieses, übrigens bereits vom Reichsrat (der Vertretung der deutschen Länder) mit großer Mehrheit angenommenen Entwurfes beruht darauf, daß Staatseigentum und Privateigentum der Fürsten getrennt werden; und zwar derart, daß diejenigen Vermögensstücke, welche die ehemals regierenden Fürsten nur als Staatsoberhäupter besessen haben, angesichts der veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse nunmehr als das Eigentum des Staates — und zwar ohne Entschädigung — angesehen werden sollen, während das reine Privateigentum den Fürsten verbleiben soll.

Frage: Welches Schicksal finden hierbei die Vermögensstücke der ehemals regierenden Fürstenhäuser, an denen die Volksgesamtheit besonderes Interesse hat, wie Schlösser, Museen usw.?

Antwort: Bei der im Gesetzentwurf der Reichsregierung vorgesehenen Auseinandersetzung muß den auf kulturellen und gesundheitlichem Gebiet liegenden Interessen der deutschen Länder besonders Rechnung getragen werden, bekanntlich sollen den Ländern aus der streitigen Vermögensmasse solche Vermögensstücke wie Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Parkanlagen vorweg zugeteilt werden. Im übrigen soll die

Auseinandersetzung nach Billigkeit

und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage beider Teile erfolgen. Dabei soll insbesondere zugunsten der Länder in Betracht gezogen werden, daß die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen gegenüber den früheren Verhältnissen allgemein wesentlich herabgesetzt ist, während bei den vormals regierenden Fürstenhäusern die Notwendigkeit zu solchen Ausgaben weggefallen ist, zu denen sie früher als Träger der Staatsgewalt verpflichtet waren.

Frage: Wie steht es dabei mit der Frage der Aufwertung des Vermögens der Fürsten, an der so viele der am Sonntag zur Abstimmung kommenden Gesetzesvorlagen besonders Interesse haben?

Antwort: **In der Frage der Aufwertung sollen die ehemaligen Fürstenhäuser genau so behandelt werden wie alle anderen Staatsbürger.**

Das ist in dem Gesetzentwurf der Reichsregierung ausdrücklich vorgesehen.

Briand setzt seine Bemühungen fort.

Geringe Aussichten für ein Kabinett der „Nationalen Einigkeit".

a. **Paris**, 17. 6. (Eigenbericht.)

Briand setzte seine Bemühungen für die Kabinettsbildung den ganzen Tag über fort. Die ungeheuhlich große Zahl von Parlamentariern beider Häuser, die er um Rat gefragt und die mit Ausnahme der beiden extremen Flügel allen erdenklichen politischen Schattierungen angehören, läßt deutlich erkennen, daß er sich bemüht, ganze Arbeit zu machen und

völlige Klarheit über die parlamentarischen Möglichkeiten

zu schaffen. Bis in die späten Nachmittagsstunden schien jedoch, soweit sich die Dinge von außen her beurteilen lassen, die Aussichten für ein Ministerium der nationalen Einigkeit nur gering zu sein. Die große Koalition von Blum bis Marin, das heißt ein Kabinett, dem alle Parteien mit Einschluß der Sozialisten und gemäßigten Rechten angehören, wird allem Anschein nach ein schöner Traum bleiben, und es ist auch kaum anzunehmen, daß Briand selbst ernsthaft mit einer solchen Möglichkeit gerechnet hat.

Die Aufgabe ist in der Tat doch wesentlich schwieriger, als es eine in Deutschland übliche Bildung der großen Koalition, da die Gruppe Marin viel weiter nach rechts reicht als im Reichstag die Deutsche Volkspartei, so daß zu ihrer Rechten nur noch die kleine Gruppe der 38 Royalisten sitzt. Allerdings sind die beiderseitigen Vergleiche angesichts der völlig verschiedenartigen Verhältnisse nur mit Vorsicht anzuwenden.

Die Widerstände

gehen in erster Linie von links aus. Marin erklärte bei den Verhandlungen mit Briand, seine Gruppe sei bereit, an einem Kabinett der nationalen Einigung mitzuwirken, wobei es sich allerdings nur um eine grundsätzliche Zustimmung handelte. Dagegen haben die Radikalen, wie bereits berichtet worden ist, auf ihrem gestrigen Kongreß einen Beschluß gefaßt, der zwar keine glatte Absage ausspricht, aber noch weniger Entgegenkommen erkennen läßt. Die Sozialisten, von denen eine starke Abordnung (Paul-Boncour, Leon Blum, Renaudel, Auriol, Jacquin) heute sehr lange mit Briand verhandelte, sind natürlich noch weniger zu Entgegenkommen bereit.

Aus einigen Aeußerungen Auriols geht im Gegenteil hervor, daß die Sozialisten an ihrem alten Standpunkt festhalten, nur dann in eine bürgerliche Regierung eintreten oder sie unterstützen zu wollen, wenn sie sich auf eine sozialistische Finanzpolitik festlegt, wobei zur Beurteilung dieser Haltung zu bemerken ist, daß die Sozialisten trotz ihrer 104 Mitglieder noch nicht ein Fünftel der Mitglieder der Kammer umfassen.

Sollte sich die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigkeit als unmöglich erweisen, so wird Briand den zweiten Plan ins Auge fassen, von dem er gestern sprach, nämlich ein

Kabinett markanter Persönlichkeiten,

das nach außen hin eine Art überparteiliche Regierung bildet und das einen parteipolitischen Waffenstillstand von der Kammer verlangen wird, in Wirklichkeit sich aber auf die sogenannte neue Mehrheit stützen würde, d. h. auf eine Mehrheit, die rechts die Gruppe Marin umschließen und links auf die Unterstützung des rechten Flügels der Radikalen zählen dürfte.

Man weiß aus den Vorgängen der letzten Woche und besonders aus den Differenzen zwischen Briand und Péret, daß Briand diesen Ausweg seit langem für den einzig möglichen erhalten hat. In den Fraktionssitzungen erklärte Briand den Zeitungsvertretern, daß er hoffe, ihnen am Abend ein bestimmtes Ergebnis mitteilen zu können. Er fügte freilich hinzu, daß das heute nicht von ihm allein abhänge, und in der Tat scheint es, daß eine entscheidende Wendung frühestens für morgen Mittag zu erwarten ist.

Im Auslande scheint man vielfach mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Krisis zu einer

Umbildung der französischen Außenpolitik

führen könnte. Das ist ganz ausgeschlossen; ganz abgesehen davon, daß Briand aller Voraussicht nach nicht von der Bildfläche verschwinden wird, ist die französische Außenpolitik nach den Verhandlungen in der Kammer und im Senat auf den Locarnovertrag endgültig festgelegt — natürlich in den Grenzen, in denen dieser Vertrag hier von Anfang an verstanden worden ist.

Auch die Beteiligung Poincarés an der neuen Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen daran nichts ändern. Im Gegenteil zeigt sich in einem Artikel, den Poincaré in einem französischen Blatte veröffentlicht, daß auch er die Locarnopolitik Briands vorbehaltlos, natürlich ebenfalls mit den üblichen Einschränkungen und Vorbehalten, die man bereits aus der Haltung, die die französischen Rechtsparteien bei der parlamentarischen Diskussion eingenommen haben, kennt. Paris ist der Meinung, daß Deutschland durch Locarno immerhin von Moskau abgelenkt worden sei und daß es sich dem französischen Einfluß des Westerbundes nicht werde entziehen können. Jedenfalls aber spielen auswärtige Fragen bei diesem Regierungswechsel nicht die geringste Rolle.

Spanien zieht sich aus dem Rif zurück?

Tanger, 17. 6. (Sonderbericht der DAZ.)

Es verlautet, daß Spanien die Absicht hat, sich aus dem Rif zurückzuziehen, falls es ihm nicht gelingt, gewisse seiner Forderungen auf der Pariser Marokko-Konferenz durchzusetzen. Die Forderungen beziehen sich auf eine Aenderung des Tanger-Statutes. Falls es nicht möglich sein sollte, die neutrale Tanger-Zone in die spanische Zone einzuverleiben, so würde die spanische Regierung damit zufrieden sein, eine Art von Mandat über die Tanger-Zone zu erhalten. Der bisherige Zustand, daß die Aufstände aus dem Rif-Gebiet unbestraft in die Tanger-Zone flüchten und dort ihre Betreibungen fortsetzen konnten, sei für Spanien untragbar.

---

kbg. **Wien**, 17. 6. (Eigenbericht.) Das „Prager Tagblatt" meldet, daß am 21. Juni eine vom Legationsrat Dr. Jbl geführte tschechische Regierungsdelegation nach Berlin reisen werde, um die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reiche wieder aufzunehmen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Kein Bruch zwischen London und Moskau.

Ruhigere Auffassung in englischen Regierungskreisen.

sx. **London**, 17. 6. (Eigenbericht.)

Das Kabinett hat, wie voraussehen war, entschieden, wieder die Beziehungen mit Rußland abzubrechen, noch das Handelsabkommen zu kündigen. Der Sieg über die Gruppe Lord Birkenheads ist neben Chamberlain vor allem Lord Cecil zuzuschreiben. Der Premierminister Sir William Joynson-Hicks, selbst ein Vertreter der Antisowjetansichten, machte heute im Unterhaus von dieser Entscheidung Mitteilung und beantwortete die entsprechenden konservativen Anfragen mit „nein". Die Regierung wird sogar vorläufig

nicht einmal Einspruch gegen weitere Geldsendungen

für die notleidenden Frauen und Kinder der Bergarbeiter einlegen. Nachdem der Prinz von Wales für diesen Fonds 10 Pfund gestiftet hat, konnte man schließlich kaum anders handeln. Ein konservatives Abendblatt erinnert an den hübschen alten Spruch: und wenn's auch Kannibalen sind, — wenn wir nur nach Kochtöpfe verkaufen können! Business as usual ist schließlich in dieser finstrigen außerpolitischen Affäre das vermittelnde Leitmotiv. Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen, vielmehr wird in der kommenden Woche noch eine allgemeine Unterhausdebatte erfolgen.

Im übrigen waren die Ausführungen des Innenministers in einer sehr scharfen Tonart gehalten. Er stellte fest, daß die englische Regierung sich keinerlei Illusionen über die Beweggründe hingebe, aus denen Rußland das Geld nach England schicke, daß ferner die englische Regierung keinen Unterschied zwischen der Sowjetregierung, der kommunistischen Partei, den verschiedenen Handelsorganisationen und den Gewerkschaften machen könne,

denn in Rußland stehe alles unter einer einzigen einheitlichen Leitung.

Auf eine Zwischenfrage Mac Donalds bestätigte er ausdrücklich diesen Standpunkt noch einmal und stimmte die entsprechenden Worte aus der Note, die Mac Donald als Ministerpräsident seinerzeit beim Sinowjewbrief an Rußland gerichtet hatte. Mac Donald hatte gesagt, **niemand, der die russische Verfassung kenne und die Beziehungen mit der kommunistischen Internationale, werde an ihrer engsten Verbindung mit der Sowjetregierung zweifeln.**

Der Innenminister gab ferner eine Aufstellung der bisher von Rußland eingetroffenen Gelder. Der erste Schek von 26 000 Pfund ist bekanntlich vom Generalrat des Gewerkschaftskongresses zurückgewiesen worden. Die zweite Sendung betrug 200 000 Pfund. Davon leisten 175 000 Pfund durch Vermittlung der Midland Bank und 25 000 Pfund durch Vermittlung einer amerikanischen Bank ein. Die Weiterleitung dieser Gelder durch eine Londoner Bank hat der Innenkreterär auf Grund der Notverordnung verboten, worauf das Geld zurückgeschickt wurde. Dagegen sind die späteren Sendungen an die Bergarbeitergewerkschaft abgeliefert worden, im ganzen rund 400 000 Pfund. Die Haltung der Londoner Banken in dieser Affäre sei durchaus korrekt gewesen.

Die Organisation der Bergarbeiterbesitzer hat heute in London beschlossen, alle Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Gruben zu treffen, sobald das Gesetz über den 8-Stundentag eingangen sei. Die Bergwerke sollen in drei Gruppen geteilt werden. Die erste Gruppe soll wieder eröffnet werden unter den bisherigen Löhnen, die zweite Gruppe unter geringeren Löhnen, die dritte Gruppe soll geschlossen werden. Mit der Einbringung des neuen Gesetzes wird für die nächste Woche gerechnet. Die Labour-Party hat angekündigt, mit allen Mitteln der parlamentarischen Opposition das Zustandekommen des Gesetzes zu verzögern. Trotzdem rechnet man damit, daß es noch in der nächsten Woche durchkommt.

Ein neuer Hilferuf Syriens.

sch. **Genf**, 17. 6. (Eigenbericht.)

Während heute nachmittag der französische Generalgouverneur von Syrien, der Herr Ponsot, der Mandatskommission in geheimer Sitzung weitere Auskünfte gab und wahrscheinlich auch indirekte Fragen beantworten mußte, empfingen die Vertreter des syrischen Volkes, Prinz Lutfallah (griechisch-orthodox) und Emir Scheib Arslan (Islamit) und ihre Begleiter die Presse Zunächst erklärte man daß ein aus Kairo vom Syrisch-Palästinischen Komitee eingelangtes, vom 16. Juni datiertes Telegramm folgendes meldet:

„Die Nachricht von der Verschiebung der Prüfung der Verhältnisse in Syrien durch die Mandatskommission auf Oktober bereitet Enttäuschung für das syrische Volk und ermutigt die französischen Behörden, ihre willkürliche Politik weiterzuführen, während sie den Soldaten freie Hand läßt, Massakres und Zerstörungen fortzusetzen. Nach der bereits gemeldeten Katastrophe von Meidan (Vorort von Damaskus, 30 000 Einwohner, besonders Getreidehändler mit großen Magazinen) hat das Stadtviertel Schagur (unterer Teil von Damaskus) gleiches Schicksal erlitten ebenso wie das Dorf Dydar, das von den Söldnern zerstört wurde, die überall in der Umgebung von Damaskus Schrecken verbreiten, friedliche Bauern morden und die Häuser plündern, während die verängstigten Bauern in die Berge flüchten und in Damaskus Hungersnot herrscht. In den Bezirken Akkar und Baalbek sind mehrere Dörfer zerstört, während die Revolution in den Bezirken Ellin, Bellan und Nebek anhauert und die Lage des Landes nie kritischer war als jetzt. Das syrische Kabinett (bisher von Frankreich gewährt) wurde willkürlich aufgelöst, drei Mitglieder deportiert, mehrere Notabeln eingekerkert, Dörfer mit Geldstrafen belegt. Die Franzosen scheinen entschlossen, mit Feuer und Blut nationale Bestrebungen zu unterdrücken, auf die Gefahr hin, das Land zu vernichten. Angesichts dieser Lage beschwört das Syrisch-Palästinische Komitee den Völkerbund dringend, Maßregeln zu ergreifen, um ein Volk zu retten, das einem blutgierigen Imperialismus auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist."

In den sechs Monaten der Verwaltung durch die Franzosen ist die Lage des Landes traurigier als selbst unter General Sarrail.

Die Regierungskrise in Oesterreich.

Wüster Tumult im österreichischen Nationalrat.

kbg. **Wien**, 17. 6. (Eigenbericht.)

An dem Ernst der österreichischen Regierungskrise, über deren Ausbruch im Zusammenhang mit dem Schulstreit wir bereits berichtet haben, ist nicht mehr zu zweifeln. Die Frage ist heute nicht mehr allein, durch wen der gestürzte Unterrichtsminister Schneider ersetzt werden und wie man sich mit den Sozialdemokraten verständigen soll, sondern

die Krise bedroht auch den Koalitionspakt

zwischen den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen, weil die christlich-soziale Partei in der Schulfrage in illoyaler Weise die Großdeutsche Partei übergangen hat, obwohl der Standpunkt der Großdeutschen von jenem der Christlich-Sozialen in der Schulfrage wesentlich abweicht. Es muß hier daran erinnert werden, daß in der österreichischen Verfassung feinerzeit über die Schulgesetzgebung keine eingehenden Bestimmungen getroffen werden konnten, weil die unglückliche Mehrheitsstellung der christlichen Partei übergangen hat, obwohl der Standpunkt der Großdeutschen von jenem der Christlich-Sozialen in der Schulfrage wesentlich abweicht. Es muß hier daran erinnert werden, daß in der österreichischen Verfassung feinerzeit über die Schulgesetzgebung keine eingehenden Bestimmungen getroffen werden konnten, weil die unglückliche Mehrheitsstellung der christlichen Partei sichtigung des bürgerlichen Standpunktes in den Schulfragen nicht ermöglichten. Seither werden alle das Schulwesen betreffenden Verfügungen im Wege der Parteivereinbarungen geregelt. Besondere Bindungen enthält auch der Koalitionspakt der beiden Regierungsparteien. Die Großdeutsche Partei hat, wie bereits berichtet, gegen das Vorgehen der Christlich-Sozialen in den letzten Tagen bereits protestiert, und heute hat die Großdeutsche Partei im Nationalrat den Antrag eingebracht, Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die für das Mittelschul- und Lehrerbildungswesen sowie die Volksschulen zeitgemäße gesetzliche Grundlagen schaffen. Die beiden bürgerlichen Parteien werden nun zunächst morgen die entstandenen Gegensätze zu beseitigen suchen.

Als Nachfolger des Unterrichtsministers

ist der Landeshauptmann von Steiermark, Universitätsprofessor Dr. Rintelen, in Aussicht genommen. Seine Berufung weist darauf hin, daß nach den stürmischen Vorgängen in der heutigen Nationalratssitzung mit einem Rücktritt des Kabinetts Ramek zu rechnen ist und der Bundeskanzler Ramek dann durch Rintelen ersetzt werden könnte. Ein Kabinett Rintelen würde bei den guten persönlichen Beziehungen maßgebender leitender Parteipersonen zu den sozialdemokratischen Partei ein christlich-sozialsozialdemokratisches Kabinett in nicht allzu ferner Zeit ermöglichen.

Die Sitzung des Nationalrats hat sich in einer Art abgespielt, die das Haus zum Zirkus entwürdigte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten gelatteten nicht das Eintreten in die Tagesordnung, die einige belanglose Vorlagen erledigt, weil sie schon vor acht Tagen festgesetzt worden war. Sie beantragten gleich die Debatte über den Sturz des Unterrichtsministers und die Schulfragen. Niemand erhob dagegen Einwand. Der sozialdemokratische Abg. Glöckel, der zugleich Vorsitzender des Wiener Stadtschulrats und daher an dem Schulplan besonders interessiert ist, berichtete über die Entwicklung des Lehrplanstreits und leistete sich dabei sehr scharfe Ausfälle, zumal gegen den Bundeskanzler.

Er wurde dann aber weit übertroffen von seinem Parteigenossen Lehrner, der in einer auch in diesem Hause noch nie dagewesenen hemmungslosen und hysterischen Weise und in nicht wiederzugebenden Ausdrücken den Bundeskanzler beschimpfte. Der Bundeskanzler sah wortlos auf seinem Platz und hörte mit bewundernswürdiger Ruhe

die wüsten Schimpfereien

an. Die späteren sozialdemokratischen Redner waren wenigstens in der Form erträglicher. Als im Namen der Christlich-Sozialen der gewesene Staatskanzler Gürtler zu sprechen versuchte, wurde er niedergeschrien. Die Sozialdemokraten stürmten zu dem Rednerpult, und es entstand ein unbeschreiblicher Handgemenge im Saal. Der Saal hallte wider vom Geschrei und Pultdeckelklappen. Die Abgeordneten wälzten sich in wahrem Knäuel vor dem Redner. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. In der Pause wurde eine Konferenz der Parteiführer einberufen, der aber die Sozialdemokraten nicht nachkamen mit der Begründung, daß sie mit einer vorübergehenden Regierung nicht verhandeln könnten. Die Sitzung mußte daher weitergeführt werden, sie wurde aber bald wieder abgebrochen, weil ein Verbandeln ausgeschlossen war. Damit war der nächste Zweck der sozialdemokratischen Obstruktion, heute eine Verhandlung unmöglich zu machen, um morgen ihren Massenaufmarsch in den Straßen Wiens in größerer Kampfstimmung durchführen zu können, erreicht.

Polens Verfassungsänderung.

kbg. **Wien**, 17. 6. (Eigenbericht.)

Der polnische Ministerrat hat heute eine Vorlage über die Aenderung der Verfassung vom Jahre 1921 beschlossen, die folgende Neuerung bringt: Das gegenwärtige Parlament wird im Laufe des Juli beendet. Bis Januar 1927 erfolgt die Kundmachung von Gesetzen auf im Wege von Dekreten des Präsidenten. Die ordentliche Session des Parlaments soll nur vier Monate dauern. Ist zu dieser Zeit das Budget nicht genehmigt, so erfolgt die Genehmigung durch Verordnung des Präsidenten.

Der Präsident kann ferner auf Vorschlag des Ministerrats die Kammern auflösen. Er ist berechtigt, sein Veto einzulegen gegen vom Parlament beschlossene Gesetze. Der Präsident wird fünfzig erst dann verpflichtet sein, die parlamentarisch beschlossenen Gesetze zu verkünden, wenn sie das Haus auch ein zweites Mal unverändert annimmt. Ist der Landtag vertagt oder aufgelöst oder auch während der Parlamentsferien, hat der Präsident das Recht, Gesetzesverordnungen zu erlassen. Diese müssen jedoch nach Einberufung des Hauses diesem binnen vierzehn Tagen vorgelegt werden.

Der Ausnahmezustand für Posen und Pommerellen soll heute aufgehoben werden sein. Der Ministerrat hat ferner die Vorlage über den polnisch-rumänischen Garantievertrag angenommen.

---

kbg. **Paris**, 17. 6. (Eigenbericht.) Das Auswärtige Amt hat nunmehr den 18. Band über den Ursprung des Krieges von 1870—71 herausgegeben. Er enthält den Briefwechsel des Auswärtigen Amtes mit seinen Agenten in Deutschland vom 17. Juli bis 15. Oktober 1867.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Rumänien verlangt ihre Vertretung im Völkerbundsrat.

kbg. **Wien**, 17. 6. (Eigenbericht.)

In Belbes, dem Sommersitz des jugoslawischen Königs, ist heute die Konferenz der Kleinen Entente eröffnet worden, die anscheinend unter keinem glücklichen Stern steht. Zunächst ist eine ihrer Hauptpersonen, der tschechische Außenminister Benesch, in seiner Stellungnahme sehr behindert, weil er durch den von ihm bereits gemeldete Verlangen seiner Partei nach seinem sofortigen Rücktritt in eine sehr schwierige Lage geraten ist. Er hatte bald nach seiner Ankunft seinen Pressechef mit der Anfrage nach Prag gesandt, ob er drei Tage von Prag fern und bei der Konferenz bleiben könne.

Der Vertreter Rumäniens nahm schon bei Beginn der Konferenz eine

Kampfstellung gegen Jugoslawien

und gegen Benesch ein, indem er die Frage der Neubesetzung des Völkerbundsratssitzes für die Kleine Entente aufwarf. Rumänien beanspruche diesen Sitz für sich, während bereits bekannt ist, daß Dr. Benesch auch bereits die Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundsrat ausgeführt wünscht und sich darüber bereits mit Jugoslawien verständigt haben soll.

Rumänien hat auf der Konferenz auch die Frage aufgeworfen, ob eine Sicherheit bestehe, daß Bulgarien die geplante Flüchtlingsanleihe ihrem Zwecke zuführen werde. Es verlangt die Kontrolle der Verwendung dieser Anleihe mit der Behauptung, daß Bulgarien mit Sowjets wegen der Dobrudscha und Bessarabien in Verbindung steht.

Rumäniens Umorientierung nach Rom.

fr. **Mailand**, 17. 6. (Eigenbericht.)

Der „Popolo d'Italia" schreibt heute zu dem Ansehenabkommen zwischen Rumänien und Italien, das vorgestern abgeschlossen worden ist: Es hätte zweifellos auch eine politische Bedeutung, wenn ein Teil der Unsicherheit übernunden wäre, die durch die Nichtratifizierung des Annexion Bessarabiens seitens Italiens hervorgerufen worden sei. Die rumänische Regierung habe sich aber davon zu überzeugen vermocht, daß seitens seiner Unterzeichnerin nicht hoffen können, um nicht die Spannung zu verschärfen, die gerade zwischen Rumänien und Rußland bestanden habe. Italien habe eine Politik weiser Vorsicht verfolgt und erwiesen, daß der Friede zu letzten Auswirkung gekommen sei. Zum Schluß betont das Blatt die besondere Bedeutung, die diese Umorientierung eines Balkanstaates nach Rom habe. Rom sei jetzt im Mittelpunkt der Kraft und Macht, dessen Einfluß auch Rumänien sich nutzbar gemacht habe. Diese Auffassung ähnelt derjenigen, die in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zum Ausdruck gebracht worden ist.

Italien ist jetzt Gelegeber für Polen, Griechenland und Rumänien und dazu Teilnehmer an der Völkerbundsanleihe für Oesterreich und Ungarn. Die Einleitung an Polen ist die sogenannte Tabakanleihe, die anfangs als großer Erfolg verbucht worden ist, die aber seitdem ernste Besorgnis hervorgerufen hat. Bei der Anleihe für Griechenland handelt es sich um eine Geschäftsanleihe für Niederlassungen italienischer Firmen in Griechenland.

---

kbg. **Wien**, 17. 6. (Eigenbericht.)

Vom 4. bis 6. Juli findet in Prag der 8. Sokolfest statt, das zu einer tschechischen nationalen Riesenkundgebung werden dürfte. Es werden über 160 000 Sokols in Prag erwartet. Für die Sportveranstaltungen wurde ein eigenes Stadion errichtet, das für 120 000 Zuschauer Raum bietet.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags.

	17. 6.	16. 6.		17. 6.	16. 6.
Tägl. Geld	3½	3½	Lond. 60 T.	4,82,35	4,82,35
Bankkzinsfß	4	4	Paris	2,81,00	2,80,00
60 Tage G	3¾	3¾	Brüssel	2,23,50	2,21,00
Gr. Gn. B	3½	3½	Amsterd.	40,16	40,16½
Wechselkurs			Zürich	19,25½	19,25½
nied. Kurs	3½	3½	Oslo	22,20	21,25
hoch. Kurs	4	4	Kopenh.	26,25	26,54
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Prag	2,963	2,963
Madrid	—	—	Wien	3,00½	3,62
Lissabon	—	—	Madrid	16,08½	16,12
Kabel Tr.	4,86⅝	4,86⅝	Athen	6⅞	6⅞

New Yorker Börse.

	17. 6.	16. 6.		17. 6.	16. 6.
4½ St. Louis Prior.	77	77	7½ Rep. Dawes Anl.	104	104
6% do. ohne Wrt. Bd.	96½	96½	6% Berl. Stadt 25	90½	90½
Baltimore u. Ohio	50½	50½	7 Bremer Anleihe	97½	97½
Canad. Pacific	162	161½	6% Köln v. 1925	89½	89½
Chesapeake Ohio	132½	132	7 Mitteld. v. 1923	—	—
Chic. Milwauk.	13	13	7 D. Reichs. Verb. 47	97½	97½
Atc.	34½	34½	7 Reichsbk. Kredit	99½	99½
Anacond. Pac. prefr.	54½	54½	7 Dtsch. Schatzanl.	101	101½
Pennsylvania	52½	52½	7 Frankf. Gold 49	90½	89½
Reading	76½	76	7 Mex. Anl. v. 99	47½	47½
Southern Pacific	103	102½	4 Mex. Gold v. 04	30½	31½
Union Pacific	150	150	6 Poln. Anl. 50	83½	82½
American Can	52½	52½	7 A. E. G. 1945	102½	102
Anaconda	27½	27½	6% Oektowerbeanl.	92	92½
Bethl. Steels	42½	42½	7 Fried. Krupp 29	97½	97
General Electric	348	336	7% Rh.-Ruhr-Union	—	102½
General Motors	146½	144	7 Rh. W. El. 1950	98	98½
Intern. Harvester	123	121½	7% Lands. Tonbr.	98	98½
Standard Oil N. J.	44½	44½	7 Sächs. Wrt. 45	96½	96
Studebaker	59½	59½	7 Siem. u. H. 1928	99	99
U. S. Steel Corp.	138½	138½	7 Aug. Thyssen	101½	101½

New York, Produktenmarkt.

	17. 6.	16. 6.		17. 6.	16. 6.
Kaffee Santos	22½	22½	Weizenmehl	5,50	5,50
do. Rio	20½	20½	Rosenmehl Stadt	35,50	35,50
Zucker	1,70	1,70	Schmalz Wtn.	17,10	17,30
Kupfer	13,50	13,50	Talg	9½	9½
Zinn	46,25	46,25	Rohzucker	4,95	4,95
Blei	6,75	6,75	Bev. Raffinad	15,50	16,00
Zink	7,15	7,20	Petroleum Cases	19,55	19,95
Reis	20,50	20,50	„ Tanks	8,75	8,75
			Stand. wh.	15,75	15,75
			Pennsylv. Rohöl	3,65	3,65
			Zucker Juli	2,43	2,45
			„ Sept.	2,55	2,57
			„ Dezbr.	2,70	2,73
			Kautsch. crepe	44	43½
			„ sheet	44	43½
			Terpentin	87½	87
			„ Savannah	80½	80½
			Baumw. N. Orl.	17,37	17,17

	17. 6.	16. 6.		17. 6.	16. 6.
Weizen, rot	173½	173	Mehl, Sp.	7,25—7,75	7,25—7,75
Hartwinter	170½	170½	Getrd. Frgt.	1½—2½ sh	1½—2½ sh
Mais	93½	93½	Kontrakt	9—11 cts.	9—12 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	17. 6.	16. 6.		17. 6.	16. 6.
Weizen Juli	140½	140½	Schmalz September	16,65½	16,85
	Sept. 135½	135½	Rippen Juli	15,25	15,45
Mais Juli	91½	91½	Speck	19,00	19,00
	Sept. 96½	96½	Mehl Winter	5,00	5,30
Hafer Juli	41½	41½	Schweine höchst.	14,90	14,70
	Sept. 41½	41½	Schweine niedr.	13,85	13,70
Roggen Juli	92½	91½	Schweine höchst.	14,50	14,35
	Sept. 94½	94½	Zufuhr Chicago	23 000	14 000
Schmalz Juli	16,40	16,60	„ Westen	84 000	97 000

Antwort an Mr. Amery.

Von

Gouverneur a. D. **Dr. Heinrich Schnee,**
M. d. R.

In London findet alljährlich um diese Jahreszeit das „East African Dinner" statt, das ostafrikanische Dinner, an dem die jeweils in England befindlichen führenden Ostafrikaner und die heimischen Interessenten sowie die Vertreter der Behörden teilnehmen. In den bisher gehaltenen Reden wird nicht nur von den englischen ostafrikanischen Kolonien, wie Kenya und Uganda, gerdet, sondern auch von dem englischen Kolonialmandat Tanganjika Territory, wie jetzt der von England verwaltete Hauptteil von Deutschostafrika genannt wird. Bereits bei dem Ostafrikadiner im vorigen Jahre hatte der Kolonialstaatssekretär Amery eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er u. a. sagte, das Tanganjika Territory sei jetzt dauernd in das Britische Reich einverleibt worden (permanently incorporated). Es sei ein vollkommener Irrtum, daß es weniger britisch sei als irgendeine andere Kolonie.

Als er diese Rede hielt, scheint Mr. Amery vollkommen